

Yasmine Motarjemi schwingt ihre Faust, ein bisschen zittrig. »Ich fühle mich wie die Frau in der Hand von King Kong.« Das Monster habe sie jahrelang im Griff gehabt, ihr Angst eingebläst, sie erniedrigt. Mit dem Monster meint Motarjemi den Lebensmittelkonzern Nestlé. Die ehemalige Managerin hat soeben einen Prozess gegen ihren früheren Arbeitgeber gewonnen. Zehn Jahre lang hat sie für diesen Moment gekämpft. Aber jetzt, wo es so weit ist, spricht sie mit brüchiger Stimme und Tränen in den Augen. Sie kann sich nicht richtig freuen.

Am 7. Januar befand das Waadtländer Kantonsgericht, dass Motarjemi unrechtmäßig aus dem Job gezwungen und zudem über Jahre »auf hinterhältige Art und Weise« gemobbt wurde. Die Konzernleitung habe davon gewusst, aber »weder angemessene Massnahmen ergriffen noch ihre Sorgfaltspflicht erfüllt«. Die drei Richterinnen verwenden scharfe Worte in dem Urteil, sie schreiben, die Schikanen, die Motarjemi bei Nestlé erlebte, hätten sie beruflich und gesundheitlich zerstört.

Alles begann vor 17 Jahren mit einem Babybiskuit: Yasmine Motarjemi sitzt – so erzählt sie – in ihrem geräumigen Büro im Hauptsitz von Nestlé in Vevey mit Aussicht auf den Genfersee und den Montblanc. Sie liest die Reklamationen von Kunden aus Frankreich und erschrickt. Eltern und Großeltern berichten von Säuglingen, die sich an Babybiskuits von Nestlé verschluckt hatten. In den Dokumenten, die der ZEIT vorliegen, steht, dass die Kinder husteten, nach Luft rangen, violett anliefen. Ihre Eltern mussten sie kopfüber drehen, um die harten Stücke aus dem Rachen zu schüttern, oder den Kleinen den Finger in den Hals stecken, bis diese das verkeimte Biskuit erbrachen.

Motarjemi sammelt die Reklamationen, 44 in nur einem Jahr, und ist alarmiert. Nicht zuletzt deshalb, weil eine Faustregel der Nahrungsmittelindustrie besagt, dass sich hinter jedem Beschwerdeschreiber mindestens zehn weitere Betroffene verbergen, die den Aufwand scheuten. Sie informiert verschiedene Direktoren und schreibt, das Problem mit den Babybiskuits verdiene »höchste Aufmerksamkeit« – ohne zu ahnen, dass sie alles verlieren würde, ihre Stellung, ihren Ruf, ihre Gesundheit und mehrere Hunderttausend Franken.

Vordergründig geht es in diesem Gerichtsfall um arbeitsrechtliche Belange. Doch durch die Beweismittel, die Motarjemi dokumentiert, wird auch eine Frage aufgeworfen, die Millionen von Kunden weltweit angeht: Wie sicher sind Lebensmittel wie KitKat, Alete, Nesquik und Co.?

Yasmine Motarjemi war bei Nestlé zehn Jahre lang die Global Food Safety Managerin, das heißt, sie war, weit oben in der Hierarchie des Konzerns, verantwortlich für die Sicherheit aller Lebensmittel. Sie versuchte, ihr Wissen einzubringen, wenn in Italien die Babynahrung plötzlich Tinte enthielt, in Venezuela Hunde und Katzen an Tierfutter kreppten oder in den USA Menschen wegen eines Nestlé-Teigs über größere Probleme klagten. Gleichzeitig baute sie ein System auf, das solche Skandale verhindern sollte, mit Checklisten, Schulungen und Datenbanken. Ihr Job war es, Schwachstellen und Gefahrenherde ausfindig zu machen. Doch wie aus den Prozessunterlagen hervorgeht, ignorierte Nestlé diese zuweilen lieber, als sie anzugehen.

Motarjemi sagt, in dem Konzern herrsche überall ein Klima der Angst

»Man hat meine Warnungen lächerlich gemacht oder schlichtweg ignoriert. Wenn ich heute daran zurückdenke, wird mir schlecht.« Motarjemi starrt in ihr Wasserglas. Ihr Apartment im pittoresken Schweizer Städtchen Nyon spiegelt den Lebensstil einer wohlhabenden Intellektuellen: volle Bücherregale, Perserteppiche, ein Piano. Motarjemi ist 64 Jahre alt, sehr gepflegt und so angezogen, als würde sie gleich zur Arbeit aufbrechen – doch das kann sie seit zehn Jahren nicht mehr. Seit sie gemobbt wurde leidet sie unter Verdauungsproblemen, Schlaf- und Angststörungen und Depressionen, ist seit 2012 krankgeschrieben und erhält eine Invalidenrente. Kein leichtes Los für eine Frau, die sich ihr Leben lang über ihre Leistung definiert hatte. Sie redet sich in Rage, lacht, weint. Manchmal sei sie kurz davor gewesen, gegen Nestlé klein beizugeben. »Wenn Freunde und Bekannte sagten, das hat doch keinen Wert, du machst dich kaputt, dann war es besonders schwierig, weiterzumachen.«

Das Rätsel um die Babybiskuits habe sie damals gelöst. »Es lag am französischen Mehl«, sagt sie, »es verklebte im Mund und wurde hart, anstatt sich mit dem Speichel aufzulösen.« Zum Beispiel in Deutschland hätten sich ebenfalls Kinder verschluckt, aber es seien einzelne, harmlose Fälle gewesen, weil Nestlé dort ein besseres Mehl verwendet habe. Motarjemi ist überzeugt: »Die Biskuits aus Frankreich waren lebensgefährlich.«

Gleichwohl reagierten Motarjemis Vorgesetzte lange nicht und ließen die Kekse unverändert in den Regalen. Für den Lebensmittelkonzern waren die Biskuits kein großes Ding. Nestlé verkauft täglich über eine Milliarde Produkte. In einer Woche gehen mehr Nestlé-Artikel über den Ladentisch, als Menschen auf der Welt leben. Dass da auch Fehler passieren, ist also nicht die Frage. Die Frage ist vielmehr: Wie geht Nestlé damit um?

Zu einzelnen Vorwürfen nimmt der Konzern keine Stellung, ein Sprecher schickt auf Anfrage ein generelles Statement: »Nestlé hat stets die höchsten Standards in Bezug auf Lebensmittelsicherheit und -qualität eingehalten und setzt diese fort. Es sollte betont werden, dass es weder in diesem Fall noch in der Entscheidung des Berufungsgerichts um die Sicherheit unserer Produkte geht,

sondern dass es sich um einen arbeitsrechtlichen Fall einer Arbeitnehmerin gegen ihren früheren Arbeitgeber handelt.«

Motarjemi sieht das anders: »Ich war ihnen lästig, weil ich meinen Finger immer wieder in die wunden Punkte in der Lebensmittelsicherheit legte.« Der Fall mit den Babykekse steht ihrer Meinung nach exemplarisch dafür, wie der Weltkonzern mit seinen Schwächen umgeht: »Wenn die Chance besteht, dass ein Fehler nicht auffliegt, dann kehrt man ihn unter den Teppich.« Sie dokumentiert weitere Versäumnisse, auf die sie aufmerksam gemacht hatte, ohne dass man sie ernst nahm; etwa zu hoch dosiertes Vitamin A und D in Babymilchpulver. Auch vor giftigen Verunreinigungen habe sie gewarnt, zwei Jahre bevor es dort zu einem Skandal kam. 2008 wurden in Nestlé-Babymilchpulver Spuren der giftigen Chemikalie Melamin gefunden, der Konzern musste die Produkte in Hongkong und Taiwan vom Markt nehmen. »Die Sache hätte verhindert werden können, hätte man mich meinen Job richtig machen lassen«, so Motarjemi. 2010 wurde sie fristlos entlassen.

Seit zehn Jahren kämpft sie mit ihrem Anwalt Bernard Katz gegen die Rechtsabteilung von Nestlé, die von einem Lausanner Universitätsprofessor angeführt wird. Motarjemis Anwalt sagt, selbstverständlich stünden Nestlé enorme Mittel zur Ver-

fügung, doch das habe ihn nicht abgeschreckt. »Der Fall hat mich einfach interessiert.«

2011 verklagte Motarjemi Nestlé. Das Interesse der Öffentlichkeit war zunächst nur gering. Erst als sie 2015 den damaligen Nestlé-CEO und heutigen Verwaltungsratspräsidenten Paul Bulcke in den Zeugenstand zwang, berichteten selbst international Medien. Nervös und zornig wirkte Yasmine Motarjemi damals, als sie an jenem kalten Dezembertag vor fünf Jahren am Arm ihres erwachsenen Sohns den Palais de Justice in Lausanne betrat. Ganz im Gegensatz zu Paul Bulcke, der gelassen ein Bein über das andere schlug, die Hände im Schoß faltete und der Bezirksrichterin knapp und freundlich antwortete.

Bei Nestlé herrsche eine Kultur der Angst, so ein Vorwurf von Motarjemi. Bulcke entgegnete: »Ich erkenne mein Unternehmen in diesen Anschuldigungen in keiner Weise wieder.« Auch den Vorwurf, dass Nestlé nachlässig mit der Lebensmittelsicherheit umgehe, wies er zurück; rund 6000 Mitarbeitende seien für den Qualitätscheck der Produkte zuständig. Ob Motarjemi auf ihrer Hierarchiestufe als Einzige dafür zuständig gewesen war, wollte die Richterin von ihm wissen. »Das weiß ich nicht«, entgegnete er.

Es machte damals nicht den Anschein, als würde der Ex-CEO während der Anhörung geschont.

Dennoch kam Motarjemi in erster Instanz nicht durch, das Bezirksgericht anerkannte zwar das Mobbing, sah aber kein Vergehen der Konzernleitung und wies ihre Klage ab. Anders nun das Waadtländer Kantonsgericht, das ihr den symbolischen Franken Wiedergutmachung zuspricht sowie entgangene Lohnzahlungen, für die Nestlé aufkommen soll. Motarjemi verlangt 2,1 Millionen Franken für Lohnausfälle, krankheits- und prozessbedingte Kosten. Ein Bezirksgericht wird die genaue Summe noch festsetzen. »Wir nehmen die Entscheidung des Zivilen Berufungsgerichts zur Kenntnis und sind von der Entscheidung enttäuscht«, so ein Nestlé-Sprecher. Ob man das Urteil anfechten werde, wollte er nicht kommentieren. Die Frist läuft Mitte Februar ab, die nächste Instanz ist das Bundesgericht.

Egal ob Nestlé in die nächste Instanz zieht, das Image des Unternehmens leidet einmal mehr. Dieses ist seit den Siebzigerjahren angeschlagen. »Nestlé tötet Babys«, schrieb seinerzeit eine Schweizer Entwicklungshilfegruppe. Verschiedene Organisationen kritisierten den Konzern für seine aggressive Milchpulverwerbung in Entwicklungsländern. Heute ist Nestlé Weltmarktführer in der Lebensmittelbranche. Gur 300.000 Mitarbeiter erwirtschafteten 2018 weltweit einen Reingewinn von 10,5 Milliarden Franken. Die schiere Größe



Yasmine Motarjemi musste mehr als zehn Jahre lang kämpfen – bis sie jetzt recht bekam

Zu später Triumph

Eine Wissenschaftlerin wollte die Lebensmittel im Nestlé-Konzern sicherer machen und verlor deswegen ihren Job. Jetzt wird sie vom Waadtländer Kantonsgericht rehabilitiert **VON BARBARA ACHERMANN**

des Konzerns provoziert, wer generell gegen die Industrialisierung der Ernährung ist, attackiert mit Vorliebe den Branchenführer. Die Kritik an Nestlé zielt zudem auf das Milliardengeschäft mit dem Trinkwasser, die Abholzung von Regenwald für Palmöl, Verpackungsmüll, illegale Preisabsprachen oder generell auf ungesunde Produkte.

Den Ruf aufpolieren, das war vor zwanzig Jahren das Ansinnen der Nestlé-Führung, als man um Yasmine Motarjemi buhlte. Nestlé unternahm große Anstrengungen, sie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) abzuwerben, und gab sich in einem schmeichelhaften Brief an Motarjemi selbstkritisch: »Die Industrie muss die Lebensmittelsicherheit besser und schlüssiger vorantreiben. Dies zu erreichen, wäre Ihr Ziel.«

Motarjemi sagt, diverse NGOs hätten Nestlé damals unbegründet angegriffen, ohne fundierte Beweise. Es habe sie gereizt, einen Weltkonzern von innen her zu verbessern. Als sie den neuen Arbeitsvertrag unterschrieb, hatte sie bereits eine steile Karriere hinter sich. Im Iran geboren und aufgewachsen, konnte sie dank eines Stipendiums in Frankreich Lebensmittelwissenschaft studieren. Später machte sie in Schweden ihren Doktor und arbeitete in verschiedenen Ländern als Beraterin, publizierte mehrere Bücher, darunter ein preisgekröntes Fachbuch und eine vierbändige Enzyklopädie zur Lebensmittelsicherheit.

Sie wusste plötzlich, sie hat eine neue Aufgabe: Als Whistleblowerin

Honeymoon period, Flitterwochenzeit, so nennt man in größeren Unternehmen die ersten paar Jahre nach der Anstellung. Die Chefs sind quasi frisch verliebt, sie mögen einen, weil man neu ist. Auch Motarjemi kam gut an, die alljährlichen Zeugnisse waren überschwänglich, es heißt darin, ihre Leistungen lagen »weit über den Erwartungen«. Doch von einem Jahr auf das andere fiel die Beurteilung miserabel aus. Der neue Chef Roland Stalder, Direktor des Qualitätsmanagements, den Motarjemi einst für seinen passiven Umgang mit den Babybiskuits kritisiert hatte, schrieb ein vernichtendes Zeugnis. Im Zeugenstand sagten er und andere Kadermitglieder aus, Motarjemi sei zu »detailversessen« gewesen, »unflexibel und rechtshaberisch«, sie habe die Theorie nicht in die industrielle Praxis übersetzen können.

Aus den Gerichtsakten geht hervor, wie Stalder ihr fortan das Leben schwer gemacht hat: Er soll Informationen an ihr vorbeigeschleust haben und habe dafür gesorgt, dass sie zu wichtigen Meetings nicht mehr eingeladen wurde oder auf einem Organigramm plötzlich unter den Sekretärinnen aufgelistet war. Zudem erniedrigte er sie mit kleinen Seitenhieben, kündigte beispielsweise ihre drei Zeitungsabos mit der saloppen Begründung: »Du kannst deine Informationen googeln.« So steht es in einer der zahlreichen E-Mails, die Motarjemi gesammelt hat. Motarjemi suchte zunächst Hilfe bei der Personalabteilung und später bei der Konzernleitung. Anstelle von Unterstützung bekam sie die Kündigung.

Es ist selten, dass Konflikte zwischen großen Konzernen und ihren Arbeitnehmern in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Meist einigt man sich außergerichtlich. Auch Nestlé bot Motarjemi eine sechsstellige Summe an. Sie lehnte ab.

Als alleinerziehende Mutter und Frau über fünfzig kündigt man nicht von einem Tag auf den anderen den Job. Trotzdem ist schwer nachzuvollziehen, weshalb die gut vernetzte Wissenschaftlerin die jahrelangen Schikanen ausgesessen hat und nicht schon viel früher aus freien Stücken gegangen ist. Sie sagt, sie habe durch die ständigen Anschuldigungen ihr Selbstvertrauen verloren. Gleichzeitig war sie es gewohnt, hartnäckig für ihre Anliegen zu schufteten und Niederlagen einzustecken. »Ich wusste, ich hatte nichts Falsches getan, also wollte ich bleiben und versuchen, die Probleme zu lösen. Es war mir wichtig, dass Nestlé die Schwachstellen in der Lebensmittelsicherheit endlich angeht und sich die Konzernleitung an die eigenen Richtlinien hält.« Als Nestlé Motarjemi eine andere Stelle anbot, hätte sie angenommen – unter einer Bedingung: Man müsse die Lebensmittelsicherheit einer umfassenden Prüfung unterziehen. Nestlé lehnte ab. Für Motarjemi war somit klar, sie hatte eine neue Aufgabe: Whistleblowing nach außen statt wie bisher nach innen.

Während ihrer letzten Monate bei Nestlé sammelte sie belastendes Material. Unter anderem ein Video, mit dem Nestlé 2008 seine Mitarbeiter schulte und das Motarjemi noch immer auf ihrem Notebook gespeichert hat. Ihr ehemaliger Vorgesetzter macht darin eine Aussage, die aufhorchen lässt: »Wenn Sie Risiken identifizieren, lassen Sie sich nicht ablenken von kontaminierten Rohmaterialien und Rückständen. Diese stellen kein bedeutsames Risiko in unseren Fabriken dar.« Eine brisante Aussage, wenn man bedenkt, dass es bei den Lebensmittelskandalen der vergangenen Jahre meist just um unsauberes Rohmaterial ging: als Rindfleisch deklariertes Pferdefleisch, das in Europa zu Nestlé-Lasagne verarbeitet wurde, mit Mineralöl gestrecktes Sonnenblumenöl in der Ukraine oder vergiftetes Korn in Venezuela.

In der Schweiz sind Whistleblower rechtlich kaum geschützt. Wer Unrecht in der Firma aufdeckt, riskiert seine Freiheit. »Eine Ungeheuerlichkeit«, sagt Motarjemi. Wenn sie nicht gerade ihre Enkel hütet oder sich um ihre betagte Mutter kümmert, schickt sie Briefe an Politiker, CEOs, Organisationen, »sogar dem Papst habe ich geschrieben« – sie lacht, meist bekomme sie ja keine Antwort. Sie sehe es als ihre Mission, für die Rechte von Whistleblowern zu kämpfen. »Während der letzten zehn Jahre gab es Momente, da wollte ich meinem Leben ein Ende setzen. Aber dann sagte ich mir, nein, Yasmine, du hast noch zu tun.«

Cherchez les hommes

Die Waadt wird seit acht Jahren von einer krassen Frauenmehrheit regiert. Das bleibt auch nach den Wahlen am vergangenen Sonntag so. Wie kommt das? **VON YELMARC ROULET**

So mächtig wie in der Waadt sind die Frauen in keinem anderen Kanton der Schweiz. Fünf Frauen und zwei Männer sitzen in der Regierung im Château Saint-Maire in Lausanne. Schon seit acht Jahren sind die Frauen in der Waadt Exekutive in der krassen Überzahl. Das änderte sich auch am vergangenen Wochenende nicht. Wie erwartet wurde die erfahrene FDP-Politikerin Christelle Luisier als Nachfolgerin von Jacqueline de Quattro gewählt. Und auf dem zweiten Platz landete überraschend die erst 19-jährige Klimaaktivistin und Schülerin Juliette Vernier. Sie holte 23 Prozent aller Stimmen. Das sind mehr, als die beiden männlichen Kandidaten, die sich ebenfalls um einen Sitz im Staatsrat bewarben, zusammen erhielten.

Wieso aber hieven die Waadtler ihre Kandidatinnen derart häufig in höchste kantonale Ämter? Oder anders gefragt: Was könnten die Bündner, Luzerner und Appenzell-Ausserroderer, in deren Kantonen keine einzige Frau in der Regierung sitzt, von den Vaudois lernen?

»Y'en a point comme nous«, niemand ist so toll wie wir. So brachte der Kabarettist Gilles das Waadtler Selbstbewusstsein auf den Punkt. Das war im Jahr 1947. Am vergangenen Sonntag bestätigten die Waadtler das Klischee. Die Frauenwahl sei »gut für das Image des Kantons«, sagte FDP-Finanzminister Pascal Broulis. SP-Regierungspräsidentin Nuria Gorrite sieht das ähnlich: »Wir vermitteln das Bild eines Kantons, der Frauen, aber auch junge Menschen und eingebürgerte Schweizer integriert.« Gorrite selbst ist spanischer Herkunft, und die fünf Frauen verjüngen mit ihrem Durchschnittsalter von 48 Jahren das Kollegium beträchtlich. Neben ihnen sehen die zwei verbliebenen Männer, Pascal Broulis und Philippe Leuba, beide 1965 geboren, fast schon alt aus.

Aber die Frage bleibt: Warum werden in der Waadt so viele Frauen gewählt? Die Waadtler haben die politischen Ambitionen ihrer Mitbürgerinnen immer schon unterstützt, lautet die landläufige – wenngleich falsche – Erklärung. 1959 gehörte die Waadt neben Neuenburg und Genf tatsächlich zu den einzigen drei Kantonen, die das Frauenwahlrecht einführen. Doch die bürgerlichen Parteien, die den Kanton regierten, unternahmen 40 Jahre lang keine großen Anstrengungen, weibliche Kandidaturen zu fördern. Während in Zürich im Jahr 1983 die Sozialdemokratin Hedi Lang zur ersten Regierungsrätin der Schweiz aufstieg, war die Waadt erst 14 Jahre später dafür bereit: 1997 schaffte es die freisinnige Jacqueline Maurer in die Kantonsregierung.

Mit dem Aufstieg der Waadtler Linken wuchs auch der Frauenanteil in der Exekutive. Die grüne Béatrice Métraux gewann 2011 den dritten Frauensitz, die Sozialdemokratin Nuria Gorrite einige Monate später den vierten. 2012 fiel dann die doppelte Mehrheit im Château: jene der Bürgerlichen und der Männer.

Mit der frisch gewählten Christelle Luisier wird nun auch das bürgerliche Lager weiblicher. »Wir brauchen eine rechte Frau in der Regierung«, betonte sie mehrmals im Wahlkampf. Das bürgerliche Lager, das nur noch drei der sieben Sitze in der Exekutive hat, kann es sich nicht leisten, die Sache der Gleichberechtigung der Linken zu überlassen.

Seit acht Jahren sind in Lausanne also Frauen verschiedener politischer Couleur an der Macht. *Formidable!*, würde man meinen. Wäre da nicht ein peinliches Detail: Es war ein Männerduo, das die Regierung in den vergangenen Jahren prägte: der Sozialdemokrat Pierre-Yves Maillard, der sein Amt im Mai 2019 abgab, um Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu wer-

den, und der freisinnige Finanzchef Pascal Broulis. Mit ihrem Steuerdeal erlangten sie schweizweite Bekanntheit. Sie selber sprechen lieber von einem »dynamischen Kompromiss«. Der eine, der Finanzminister, senkte die Gewinnsteuern für Unternehmen radikal. Der andere, der Sozialminister, erhielt im Gegenzug 150 Millionen Franken für Familien, Kinder und Rentner, zu einem Drittel bezahlt von der Wirtschaft. Und das Volk zog mit.

Nuria Gorrite, die als erste Frau den Kanton präsidiert, schätzt ihre Kollegen und deren Einfluss freilich anders ein: »Die Faszination der Medien für dieses Männerduo ist übertrieben und einfältig. Damit reproduzieren sie die männliche Herrschaft.« Gleichwohl besteht kein Zweifel, dass diese beiden Männer mit ihren Aktionen, ihren Visionen und ihrer Überzeugungskraft die ideologischen Widerstände links wie rechts zum Schmelzen brachten. Nur wenige Sozialdemokraten wagten es, die von Maillard unterstützten Steuerenkungen für Unternehmen anzufechten, und nur einzelne Arbeitgeber trauten sich, die von Broulis gewährte Erhöhung der Sozialausgaben zu bekämpfen.

»Frauen in der Exekutive treffen mutigere Entscheidungen«, sagte Doris Leuthard, nachdem die Frauenmehrheit im Bundesrat 2011 den Atomausstieg der Schweiz beschlossen hatte. Die Ministerinnen des Kantons Waadt sahen bisher keinen Anlass, derart radikale Schritte zu unternehmen. Dem Kanton geht es blendend, wirtschaftlich, finanziell – und um sein Selbstvertrauen steht es bestens.

Bisher konnten sich die Regierungsrätinnen darauf konzentrieren, in kleinen Schritten zu handeln oder »Akzente zu setzen«, wie Claudine Amstein, Direktorin der Handels- und Industriekammer, sagt. Weil sie in der Mehrheit seien, kämen sie bei Themen weiter, die die Männer nicht besonders interessierten, erklärt die bald ehemalige Regierungsrätin Jacqueline de Quattro. So schufen sie zum Beispiel ein Gesetz gegen häusliche Gewalt. Oder dass die fünf Frauen in der Waadtler Regierung auch alle Mütter sind, macht sich im Raumplanungsamt bemerkbar. Dort können die Mitarbeiter neuerdings die Hälfte ihrer Arbeit von zu Hause aus erledigen. Und auch die Lohngleichheit von Frauen und Männern wird seit Kurzem von Gesetzes wegen überprüft. Kontrolliert werden Firmen, die öffentliche Aufträge oder Subventionen erhalten.

Was aber ändert sich für die Männer, wenn sie sich in der Minderheit befinden? »Nichts«, antworten die beiden Herren Staatsräte, wenn man sie darauf anspricht. »Ich nehme kein Ungleichgewicht wahr«, sagt Broulis. Auch Staatskanzler Vincent Grandjean, der den fünf Frauen als dritter Mann gegenübersteht, stellt keinerlei Gender-Nachteile fest.

Die Frauen hingegen sagen, dass sich »die Atmosphäre sehr verändert hat«. Sie loben sich gegenseitig für ihre Solidarität, für die Gespräche, die sie vor den Sitzungen führen, um sich gegenseitig zu unterstützen. Diese Harmonie demonstrierten sie auch am 14. Juni, dem Tag des Frauenstreiks, als sie Arm in Arm und in Violett gekleidet für die Fotografen posierten.

Staatsrätin Gorrite möchte, dass ihre Präsidentschaft partizipativer und weniger »militärisch« rüberkommt als die vorherigen. Die Zeit der »Alphamänner« sei vorbei. Heute erhalte der Sopran dieselbe Redezeit wie der Tenor.

Und die Neugewählte? Für Christelle Luisier wird der Regierungsbeitrag »aufregend«, sagt sie am Wahlabend. In ihrer 20-jährigen Politlaufbahn habe sie sich nie in einem derart weiblichen Gremium engagiert, weder in ihrer Partei, im Verfassungsrat oder im Kantonsparlament noch in der Exekutive ihrer Gemeinde Payerne, der sie zuletzt vorstand.



Vier von fünf Frauen aus der neuen Regierung: v. r. Nuria Gorrite, Christelle Luisier, Cesla Amarelle, Rebecca Ruiz (es fehlt Béatrice Métraux)

Tatsächlich konzentriert sich die weibliche Macht in der Waadt vorderhand auf die Regierung. Daneben herrscht der männliche *courant normal*: Unter den 35 Amtsleitern der kantonalen Verwaltung gibt es gerade mal neun Frauen. Im Kantonsparlament sitzen lediglich ein Drittel weibliche Ab-

geordnete. Und in der Kommunalpolitik sind die Frauen so selten wie anderswo im Land: Nur 47 der 309 Gemeinden haben eine Gemeindepräsidentin. Immer wieder werden Stimmen laut, die hier eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent fordern.

Allein, vermutlich müsste dann auch den Männern eine Quote in der Regierung zugestanden werden.

Yelmarc Roulet war Inland-Chef der Tageszeitung »Le Temps«. Heute arbeitet er als Autor in Yverdon

ANZEIGE



[Frühling 2019 in Winterthur]

Resedas Designer sind darum besorgt ihre Kreationen einerseits im Hier und Jetzt zu verankern, sie andererseits möglichst zeitlos zu gestalten.
reseda.ch

re
se
da

Achtung, die Agglo

Die SVP will die Personenfreizügigkeit abschaffen. Im Mai wird darüber abgestimmt. Aber was hilft gegen die Kündigungsinitiative? Eine weitblickende Verkehrspolitik **VON MATTHIAS DAUM**

Manchmal ändern sich die Dinge schneller, als man denkt. Auch in der Schweiz und ihrem behäbigen Politiksystem.

Dazu gleich.

Manchmal haben die unterschiedlichsten Dinge mehr miteinander zu tun, als man denkt. Gerade in der Schweiz und ihrem komplexen Politiksystem.

Dazu später.

Vor nicht einmal zweieinhalb Jahren schrieben die Stimmberechtigten im Kanton Zürich den sogenannten Anti-Stau-Artikel in ihre Verfassung. Seither steht dort: Wird die Leistungsfähigkeit eines Straßenabschnitts vermindert, muss dies im umliegenden Straßennetz mindestens ausgeglichen werden. Mit mehr Asphalt. Der Verfassungsartikel, zwei Drittel im Kanton waren dafür, sollte die Stadt Zürich und ihrer rot-grünen Verkehrspolitik maßregeln. Sie folgt dem Credo: Jedes Auto, das nicht durch die Stadt fährt, ist ein gutes Auto. Egal, ob es dafür durch die Agglo kurvt.

Am vergangenen Sonntag aber versenkten dieselben Stimmbürger ein Milliarden-Projekt für einen neuen Autotunnel am Rosengarten in der Stadt Zürich. Er sollte das Quartier Wipkingen vom Durchgangsverkehr entlasten. 56.000 Autos, Busse, Lkw fahren, stocken oder stehen dort täglich auf den vier bis sechs Spuren zwischen Bucheggplatz und Limmat. Es war ein ebenso überraschender wie historischer Entscheid: In den vergangenen 30 Jahren hatten die Zürcher neue Straßenprojekte stets gutgeheißen. Nicht dieses Mal.

Am selben Tag verwarfen die Basler zwei Volksinitiativen, die unter anderem mehr Parkplätze in der Stadt forderten. Das wurde erwartet. Stattdessen nahmen sie ein Gesetz an, das vorsieht: In dreißig Jahren sollen auf den Straßen der Stadt nur noch Vehikel unterwegs sein, die kaum Lärm, kaum Schadstoffe verursachen und wenig Platz brauchen. Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb werden verbannt. Das überraschte.

Bereits ist von einer Verkehrswende die Rede. Vom Anfang vom Ende des Automobils.

Am Rosengarten wurde tatsächlich mit einem verkehrsplanerischen Dogma gebrochen: Wo ein Stau ist, hilft nur mehr Beton. Das gilt nicht mehr. Vermutlich erstmals seit den Kleeblatt-Initiativen von 1990 wurde in der Schweiz ein Straßenprojekt breit unter dem Umwelt- und Klimaaspekt diskutiert; anders noch als zum Beispiel bei einem anderen milliardenteuren Tunnel, der zweiten Straßenröhre durch den Gotthard. Die Abstimmung war vor gerade mal vier Jahren.

In Basel könnte der Entscheid andere Städte inspirieren, Ähnliches zu tun. Bereits heute ist in Zürich eine Initiative eingereicht, welche die Stadt autofrei halten will. Ein anderes Volksbegehren fordert die stückweise Umwandlung von Straßenraum in Grünflächen, Fußgängerzonen und Velowege. Vermutlich wird es in mehreren Schweizer Städten eingereicht. Und der grüne Baudirektor des Kantons Zürich bricht dieser Tage mit einem verkehrspolitischen Tabu: Tempo 30 soll es künftig auch auf Kantonsstraßen geben.

Für viele dieser Ideen spricht die politische, planerische und vor allem die ökologische Vernunft. Eine Stadt mit weniger Autoverkehr ist eine lebenswertere Stadt. Nicht nur für Velofahrer und Fußgänger. Auch für Autofahrer, die in der Stadt wohnen. Eine grünere Stadt leidet im Sommer weniger unter den zunehmenden Hitzetagen. Auf verkehrsberuhigten Straßen rollt der urbane Verkehr flüssiger und erst noch sicherer. Und: Die Schweiz hat sich im Pariser Klimaabkommen darauf verpflichtet, ihren CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 gegenüber dem Niveau von 1990 um 45 Prozent zu senken. Der Verkehr aber bläst heute sogar etwas mehr Treibhausgas in die Luft als vor dreißig Jahren.



Noch hat in den Vorstädten der eine oder andere ein Herz fürs Auto. Aber Verkehrslärm und Stau mag man auch dort nicht

Aber all diese Ideen bergen ein gehöriges Konfliktpotenzial – auf einem vermeintlich völlig fremden Politikfeld.

Am Dienstagvormittag in Bern. So früh wie kaum je zuvor eröffnet eine Bundesrätin einen Abstimmungskampf. Die freisinnige Justizministerin Karin Keller-Sutter nimmt es mit der SVP auf. Die nach wie vor wählerstärkste Partei will die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union kündigen. Am 17. Mai stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über die sogenannte Begrenzungsinitiative ab. Keller-Sutter erklärt, was das Volksbegehren für die Beziehung der Schweiz zur EU bedeuten würde (»die Initiative setzt die bilateralen Verträge als Ganzes aufs Spiel«), und sie warnt: »Man spielt mit dem Wohlstand und den Arbeitsplätzen der Schweiz«.

Nicht umsonst beginnt die magistrale Gegenkampagne schon dieser Tage. Ungern erinnert man sich in Bern an die Masseneinwanderungsinitiative. Damals, Anfang 2014, begann der Abstimmungskampf erst nach den Festtagen und dauerte nur wenige Woche. Die Abstimmung ging verloren.

Entschieden wurde sie in den Agglomerationen, wo ein diffuses Unbehagen herrschte: der Dichtstress. Die rekordhohe Zuwanderung in jenen Jahren, die überfüllten Züge, der unübersehbare Bauboom dominierten die Debatte.

Damals war die SVP in den Gemeinden im Umland der größeren Städte auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Seither verliert sie zwar ein ums andere Mal die kommunalen, kantonalen und im vergangenen Oktober auch die nationalen Wahlen. Die Vorortgemeinden verstärken, auch mental. Sie rücken nach links und ergrünen. Aber sachpolitisch sind die Agglomerationen nach wie vor ein »Zwitterding«, wie der Politgeograf Michael Hermann nach dem Abstimmungssonntag im *Tages-Anzeiger* schrieb. Sie verlangen zwar keine staatliche Rundumversorgung, aber für etwas mehr als Ruhe, Ordnung und eine Umfahrung dürfte der Staat schon sorgen. Hermann sagt: »Wer die Mentalität der Agglo richtig lesen kann, hat in der Schweizer Politik nicht alles, aber viel gewonnen.«

Dazu gehört allem voran eine kluge Raumplanungs- und Verkehrspolitik. Wie es aussieht, wird die SVP in der heurigen Kampagne wieder auf die Dichtstresspanik setzen. Vermischt mit einer Prise Umweltangst. Ihr Rezept dagegen: Weniger Menschen in der Schweiz, sprich weniger Zuwanderung.

Ob dieser Öko-Abschottungskniff verfehlt oder nicht, entscheidet sich auch heuer wieder in den Agglomerationen.

Damit dies nicht passiert, dafür stehen die linksgrünen Abstimmungssieger vom vergangenen Wochenende in der Verantwortung.

In Basel ärgert sich der Landkanton schon heute darüber, dass die Stadt den Verkehr nur noch mit einem Tropfensystem in die Stadt reinlässt. Ob zurecht oder nicht, wenn eine verkehrsberuhigte City bedeutet, dass die Vororte im Verkehr ersticken, ist damit nichts gewonnen.

In Zürich wollen SP, Grüne und Alternative Liste die Rosengartenstraße nicht nur mit Tempo 30, Fußgängerstreifen, Busspuren, Fahrverboten für Lastwagen beruhigen. Der Autoverkehr soll umgelenkt werden. Kein Problem, solange er künftig über die bald fertig ausgebaute Nordumfahrung rollt. Aber allzu viele städtische Politiker träumen, nicht nur in Zürich, insgeheim davon, eine verkehrspolitische Stadtmauer hochzuziehen. Innen das Langsamverkehr-Paradies. Außen? Ach, egal.

Wer für eine offene Schweiz einsteht, wie dies die urbanen Rotgrünen lautstark tun, der muss auch im Kleinen weiterdenken.

ANZEIGE



Der grenzenlos gute Politik-Podcast

Servus. Grüezi. Hallo.

Vieles von dem, was in Deutschland politisch neu und brisant scheint, ist in Österreich und der Schweiz längst normal. Im Politik-Podcast »Servus. Grüezi. Hallo.« reden wir über die Politik und die Gesellschaften der drei Länder. Vielleicht kann man ja voneinander lernen.

Jetzt abonnieren: www.zeit.de/alpenpodcast

Jeden
Mittwoch
neu

iTunes | Spotify | DEEZER

ZEIT ONLINE